



Swiss-American Chamber of Commerce

Talacker 41, 8001 Zurich, Switzerland, Tel. +41 443 72 00, Fax +41 497 22 70
www.amcham.ch, info@amcham.ch

Abstimmung vom 19. Mai:

Match-entscheidend für in der Schweiz ansässige Firmen und für die Schweizer Wirtschaft

Am 19. Mai wird das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen entscheiden: (1) Die Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) und (2) die Anpassung des Waffenrechts. Die beiden Abstimmungsvorlagen haben bedeutenden Einfluss auf die Zukunft von in der Schweiz ansässigen Firmen und für die Schweizer Wirtschaft im Allgemeinen. Die Swiss Amcham als grösster Verband international aktiver Firmen (70% schweizerisch, 30% ausländisch) mischt sich sehr selten in Abstimmungen ein. Doch in diesem Falle fühlen wir uns verpflichtet, unsere Einschätzung der Situation und der möglichen Konsequenzen zu kommunizieren.

Wir erachten es als wichtig, dass auch Unternehmen sich an der Diskussion zu diesen zwei Themen beteiligen und ihre Angestellten über den Inhalt und die möglichen Konsequenzen der Ergebnisse aufklären, damit diese wiederum ihre Entscheidungen vor einem gut informierten Hintergrund treffen können. Wir würden es begrüßen, wenn Sie als Mitglieder der Swiss Amcham und uns positiv gesinnte Personen geeignete Plattformen und Kanäle für den Austausch mit Ihren Kollegen und Mitarbeitern nützen könnten. In der Folge finden Sie einige Argumente, um oft geäusserten Zweifeln an den beiden Vorlagen zu entgegnen resp. um verbreitete Vorurteile zu entkräften:

1) «Wir brauchen keine Unternehmenssteuer-Reform!»

Ungeachtet des Abstimmungsergebnisses werden die Unternehmenssteuern in der Schweiz sowieso einer Reform unterzogen. Wir haben die Wahl zwischen einer geordneten Reform wie sie in der Abstimmungsvorlage präsentiert wird oder aber einer chaotischen Reform (man könnte auch von einer «harten Reform» sprechen, in Anlehnung an Brexit)

- Die nun zur Abstimmung vorliegende geordnete und durchdachte Unternehmenssteuer-Reform wird seit bald 15 Jahren vorbereitet. Sie erfüllt drei Zielvorgaben: Die Schweiz bleibt steuerlich wettbewerbsfähig, das neue Steuersystem erfüllt die EU- und OECD-Vorgaben und der Verlust an Steuereinnahmen wird minimiert. Diese geordnete Reform garantiert Planungssicherheit und Stabilität, womit die Schweiz ihre Attraktivität als Business-Location aufrecht erhalten kann. Zusätzliche finanzielle Unterstützung durch den Bund und die vorgeschlagenen Steuerinstrumente ermöglichen es den Kantonen, ihr jeweiliges Steuerumfeld zu optimieren. Der vorliegende Vorschlag wurde vom Bundesrat beschlossen und sowohl vom National- wie auch Ständerat ratifiziert, mit der Unterstützung durch die Mehrheit der Parteien.
- Dem gegenüber steht die chaotische Reform, die uns bei einem «Nein» an der Urne blüht. Die Hoffnung, dass in einem solchen Falle der Prozess abermals aufgerollt und dann in einem besseren Vorschlag münden würde, ist reines Wunschdenken. Per Januar 2020 müssen alle Steuerprivilegien für internationale Firmen (schweizerisch wie ausländisch) aufgehoben werden. Andernfalls landet die Schweiz auf einer Blacklist und

die hier ansässigen Firmen werden doppelbesteuert. Damit würden die effektiven Steuersätze massiv in die Höhe schnellen. Zahlreiche Kantone werden für Firmen schlicht zu teuer, was zur Abwanderung in andere Kantone oder gar andere Länder führen würde. Ohne Unterstützung durch den Bund und ohne spezielle Steuerinstrumente werden solche Kantone grösste Mühe haben, adäquate Lösungen für dieses Problem zu finden. Diese Konsequenzen betreffen eine Vielzahl an Kantonen, namentlich die grossen Beitragszahler im interkantonalen Finanzausgleich. Grösste Verlierer würden wohl Zürich, Genf und Bern sein. Unter solchen Umständen wäre es unwahrscheinlich, dass der bewährte Finanzausgleich und die Kokordanz zwischen den Kantonen im heutigen Zustand aufrecht erhalten werden kann, was seinerseits das politische Gleichgewicht in der Schweiz erschüttern würde. Dies wird auch die Diskussion um Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen und dem Verlust der kantonalen Steuerhoheit neu entfachen – ein Lieblingsthema der linken Parteien.

2) «Das ist ja gar nicht so wichtig!»

Doch! Zwar sind nur 4% aller in der Schweiz ansässigen Firmen international tätige Firmen, doch sie stellen 26% aller Arbeitsplätze (1.3 Millionen), erwirtschaften 36% unseres Bruttosozialprodukts (ca. CHF 240 Milliarden), bezahlen 50% der Unternehmenssteuern (rund CHF 6 Milliarden) und sind verantwortlich für mehr als die Hälfte aller privaten Forschungs- und Entwicklungs-Investitionen (CHF 8 Milliarden).

3) «Es sind ja sowieso nur die reichen ausländischen Firmen, die bei uns mit Steuerprivilegien verwöhnt sind!»

Das ist falsch. Aktuell sind rund 70% der steuerbevorzugten Firmen Schweizer Unternehmen. Mit der Annahme der vorliegenden Reform wird die Steuerbelastung für die meisten international aktiven Firmen ansteigen – und diese Unternehmen werden das in Kauf nehmen in Anbetracht der daraus resultierenden Planungssicherheit und Stabilität. Diese Firmen schätzen den Unternehmensstandort Schweiz und sind durchaus bereit, für einen attraktiven Standort etwas tiefer in die Tasche zu greifen. Doch der bei einer Ablehnung der Vorlage zu erwartende massive Anstieg der Steuerbelastung wäre wirtschaftlich nicht mehr tragbar.

Die grössten Nutzniesser der Reform werden die einheimischen, auf den Binnenmarkt konzentrierte Firmen, grossmehrheitlich KMUs, sein. Ihre Position als Rückgrat der Schweizer Wirtschaft wird gestärkt, wodurch sie weiter in Innovation und Wettbewerbsfähigkeit investieren können.

4) «Die Reichen sollen gefälligst ihre Steuern zahlen!»

Das tun sie auch. Das weitverbreitete Missverständnis, dass die vorliegende Steuerreform auch Individuen betrifft, muss dringend korrigiert werden. Die Abstimmung zur STAF betrifft ausschliesslich Firmen (juristische Personen), also die Unternehmenssteuern. STAF ändert an den Steuersätzen für Individuen (natürliche Personen) rein gar nichts. Diese Einkünfte von Privatpersonen sind zentral nicht nur für die Gemeinde-, Kantons- und Bundeskassen, sondern auch für Vorsorgeeinrichtungen und Pensionskassen.

5) «So viele Leute wehren sich gegen diese Reform!»

Unternehmenssteuer-Reform per se ist ein hochkomplexes Thema. Bei der Ausarbeitung der nun aktuellen Vorlage haben alle beteiligten Seiten Konzessionen eingehen müssen – woraus nun ein ausgeglichener und mehrheitsfähiger Vorschlag resultiert. Er genießt die Unterstützung sowohl des Bundesrats wie auch von beiden Kammern des Parlaments. Auch die meisten nationalen Parteien befürworten die Vorlage, mit Ausnahme der Grünen Partei und der Jungsozialen; die SVP erklärte Stimmfreigabe. Weiteren Support genießt der Reformvorschlag von allen Kantonen, von der Finanzdirektoren-Konferenz, vom Schweizerischen Gemeindeverband und vom Schweizerischen Städteverband.

6) «Es ist undemokratisch, die AHV-Finanzierung mit der Steuerreform zu koppeln»

Dies könnte durchaus so beurteilt werden. Die Koppelung dieser beiden Themen ist das Resultat eines politischen Prozesses, der in einem gut schweizerischen Kompromiss geendet hat. Wohl mögen die beiden Elemente auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun haben; doch in Tat und Wahrheit sind sie eng miteinander verknüpft: Für eine prosperierende Schweizer Wirtschaft und eine vielversprechende Zukunft für die kommenden Generationen sind ein robustes und zukunftsgerichtetes Vorsorgesystem und eine stabile und gesunde Wirtschaft unverzichtbar. Durch die Verknüpfung dieser beiden Elemente genügt dieser Reformvorschlag den zahlreichen unterschiedlichen Ansprüchen und macht ihn mehrheitsfähig und ausgeglichen

7) «Und was hat das alles mit dem Waffenrecht zu tun?»

Die Anpassung des Waffenrechts beinhaltet einige technische Anpassungen, die die Schweiz vornehmen muss, um nicht von der Schengen- und Dublin-Mitgliedschaft ausgeschlossen zu werden. Die Anpassung ändert kaum etwas für Waffenbesitzer, Sportschützen oder Jäger, und es sichert die künftige Mitgliedschaft der Schweiz in diesen beiden Abkommen, den zwei wichtigsten Sicherheitsverträge auf dem europäischen Kontinent. Bei einem «Nein» am 19. Mai erlischt die Mitgliedschaft der Schweiz nach 6 Monaten automatisch. Es sei denn – und das ist äusserst unwahrscheinlich – sämtliche EU Staaten könnten sich innert kürzester Frist darauf einigen, für die Schweiz eine Ausnahme zu machen.

Die grossen Verlierer bei einem «Nein» sind die rund 300'000 Grenzgänger, die täglich in der Schweiz ihrer Arbeit nachgehen, entsprechend die Firmen, die auf diese Arbeitnehmer angewiesen sind, unsere Flughäfen (die nicht für Nicht-Schengen Abfertigung ausgerüstet sind), und natürlich der Tourismus (Schengen-Visa!). Es entstünden zusätzliche Kosten für die Einrichtung von «harten» Grenzen, und die allgemeine Sicherheit innerhalb der Schweiz wäre ohne Zugang ans Schengen Informationssystem gefährdet.

8) «Was geschieht, wenn beide Vorlagen abgelehnt werden?»

Nun, das Leben geht weiter. Firmen werden sich ans neue System anpassen, indem sie gewisse oder alle Bereiche in ökonomisch sinnvollere Regionen umsiedeln, in andere Kantone oder ins Ausland sein. Die Kantone werden mit allen Mitteln darum kämpfen, schnelle Lösungen zur Vermeidung von Steuerausfälle ab 2020 zu entwickeln. Viele Leute müssen sich mit zeitraubenden Grenzübertritten und/oder neue Arbeitsorte abfinden. Unsere Wettbewerber in

Sachen Standorts-Attraktivität (allen voran die Niederland und Irland) werden die in der Schweiz ansässigen international tätigen Unternehmen umwerben und ihre Vorteile gegenüber den Unsicherheiten in der Schweiz hervorstreichen. Das Hauptargument dürfte wohl das Infrage-Stellen der Wirtschaftsfreundlichkeit unseres Landes sein, ein Land in welchem die Regierung zweimal ein wirtschaftspolitisches Gesetz vorschlägt, das zweimal vom Parlament ratifiziert wird, um dann zweimal vom Volk verworfen zu werden!

«Wie sollen wir nun abstimmen?»

- Bei den Vorlagen, die für Sie stimmig sind: natürlich «Ja»
- Wenn Sie mit den Vorlagen, bei denen Sie Mühe haben: bitte denken Sie an die Zukunft unseres Landes und stimmen Sie trotzdem «Ja»

Bei zwei «Ja» am 19. Mai können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit, unsere Innovationsstärke, unsere finanzielle Stabilität, unseren Wohlstand, und unsere Sicherheit auf hohem Niveau weiter entwickeln – im Dienste unserer Kinder und den nachfolgenden Generationen. Weitere Anpassungen und Veränderungen werden auch in Zukunft auf uns zukommen – mit dem «Ja» schaffen wir für diese Herausforderungen eine solide und glaubwürdige Basis.

Zwei «Nein» am 19. Mai hinterlassen einen gewaltigen Scherbenhaufen. Uns dann die «Neue Realität» in den Griff zu bekommen, wird uns eine Menge Energie, Zeit und Geld kosten. Wir dürfen uns nicht auf ein Brexit-mässiges Experiment einlassen!

Martin Naville
CEO
martin.naville@amcham.ch

4. April 2019